

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 3

Artikel: Wo die Krise nicht liegt : nach der Dollarabwertung ein Rückblick auf 25 Jahre wirtschaftlicher Entwicklung in den USA
Autor: Adam, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095272>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach der Dollarabwertung
ein Rückblick auf 25 Jahre
wirtschaftlicher Entwicklung
in den USA

Wo die Krise nicht liegt

Von Robert Adam

Um die Mitte des Jahres 1971 hatten sich am Horizont der USA, der sich nach einer gelinden Rezession allmählich aufhellte, neue schwere Wolken zusammengeballt.

Krise

Der Bundeshaushalt hatte am 30. Juni 1971, dem Ende des Rechnungsjahres ein Defizit von 23,2 Milliarden Dollar aufgewiesen. Die Handelsbilanz war im zweiten Kalendervierteljahr 1971 zum erstenmal seit 1893 (!) passiv gewesen; diese Entwicklung setzte sich im Juli und August fort, so dass sich für jene acht Monate allein ein Defizit von 936 Millionen Dollar ergab. Noch erschreckender sah die Zahlungsbilanz aus: Nach den Defiziten von 5,53 und 5,77 Milliarden Dollar für die beiden ersten Quartale brachte das dritte Kalendervierteljahr ein Manko in der astronomischen Höhe von 12,1 Milliarden.

Die Dollarguthaben ausländischer Zentralbanken und Privater hatten um die Mitte des Jah-

res 1971 die gewaltige Höhe von 52 Milliarden erreicht, wogegen der Goldvorrat weniger als die Hälfte des früheren Höchststandes von 24,9 Milliarden im Jahre 1949 ausmachte. Das wachsende Misstrauen des Auslands gegenüber dem Dollar hatte schon im April 1971 Oesterreich und die Schweiz zur Aufwertung ihrer Währungen veranlasst, während die Bundesrepublik Deutschland, Holland und darnach die meisten andern marktwirtschaftlichen Länder (zuletzt Japan) durch Freigabe der Wechselkurse den Wert des Dollars dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterstellten.

Mit der Beschäftigungslage sah es ziemlich kontinuierlich schlecht aus. Die Arbeitslosigkeit bewegte sich im August 1971 mit 6,1 Prozent auf dem Höchststand zweier Monate; darnach ging sie bis November geringfügig auf 6,0 Prozent zurück. Die Inflationsrate stellte sich auf 5 Prozent (Vorjahr 6 Prozent).

Gründe

Verursacht worden war diese Entwicklung auf dem finanziellen Sektor in erster Linie durch ein sorgloses Finanzgebaren, insbesondere angesichts des anhaltenden Krieges in Südostasien. Erst als im Rechnungsjahr 1967 (1. 7. 66 bis 30. 6. 67) der Krieg nahezu 27 Milliarden Dollar verschlungen hatte, setzte sich die Erkenntnis durch, dass auch das reichste Land der Welt das nicht aus der Westentasche finanzieren konnte. Im Juli 1968 bewilligte dann der Kongress eine Erhöhung der Einkommens- und Körperschaftssteuer um 10 Prozent.

Die starke Verschuldung gegenüber dem Ausland ihrerseits war zurückzuführen auf die gewaltigen Investitionen der amerikanischen Wirtschaft in fremden Ländern, auf die Generosität, mit der vielen Ländern geholfen wurde (159 Millionen Dollar seit Kriegsende; davon wurden mehr als zwei Drittel ohne Gegenleistung abgegeben!), auf die zunehmenden Reisen der Amerikaner ausserhalb ihrer Grenzen.

Reflektiert die Krise des Dollars als Leitwährung so etwas wie die Krise einer «Leitgesellschaft» zum mindesten des Westens? Die Frage ist mit Vorsicht anzugehen. Die amerikanische Finanz- und Handelskrise fällt in eine Zeit, da die USA in ihrem Rang als Weltmacht politisch angefochtener sind als je, in eine Zeit, da Regierung und öffentliche Meinung eine neue Definition der amerikanischen Rolle suchen, mit unterschiedlicher Akzentsetzung zwar, aber mit der Gemeinsamkeit des verminderten Gewichts, in eine Zeit schliesslich, da jedes einzelne Problem grundsätzlich als Ausfluss gesellschaftlicher Problematik präsentiert wird. Ein Symptom für den Rückschritt auf der ganzen Linie?

Nun, entgegen der verbreiteten Ansicht bedeutet die Dollarkrise wenigstens eines nicht: eine Wirtschaftskatastrophe auf Kosten der Bevölkerung. Unser Gastbeitrag von Dr. Robert Adam (Senatspräsident a. D., München) zeigt auf, dass alles in allem in den USA immer mehr Leute immer mehr Anteil an Gütern und an sozialer Sicherheit haben. Das Schlagwort «you never had it better» ist weidlich ironisiert worden, aber auf die materiellen Messbarkeiten bezogen trifft es trotzdem zu. In dieser Hinsicht hat die «kapitalistische Gesellschaft par excellence» kein Versagen aufzuweisen, sondern Erfolg. Und die Sorgen, die mit der Reichtumsvermehrung für die Massen zusammenhängen (man hat sie natürlich), die möchte man in Ländern mit anderer Gesellschaftsordnung erst einmal gerne haben.

Freilich bedeutet das nicht, dass «also kein Grund zur Aufregung» bestehe. Der Nachweis von wirtschaftlicher Leistung im Dienste der Bevölkerung ist kein Gradmesser politischer Macht und heute nicht einmal mehr ein Gradmesser gesellschaftlicher Anziehungskraft (jedenfalls im Westen; der Osten denkt hier anders). Mehr Kühlschränke, mehr Schulen und mehr Lohn pro Kopf macht eine Gesellschaft nicht stärker, sondern höchstens erhaltungswürdiger. Aber das werden wir möglicherweise erst dann einsehen, wenn wir sie nicht mehr haben. Das verhält sich nicht anders als mit dem Pluralismus, der das massgebliche Kriterium zwischen den Gesellschaftsordnungen bleibt und den viele von uns zugunsten ideologischer Sicherheit eintauschen möchten, die wir schon einmal hatten: zur Zeit der Inquisition.

Was das Zahlungsbilanzdefizit angeht (23,4 Milliarden nach den ersten drei Quartalen 1971) war es grossteils die Folge der Kapitalflucht ins Ausland, weil man eine offizielle Abwertung des Dollars in seiner Goldparität (35 Dollar pro Unze, d. h. pro 28,35 Gramm) befürchtete.

Nun kam es zum ersten Eklat. Mit seiner Botschaft vom 15. August 1971 verkündete Nixon weitgehende Notmassnahmen, die sofort wirksam wurden (ausgenommen die Steuererleichterungen, die der Zustimmung durch den Kongress bedurften). Die wichtigsten waren: Fixierung der Löhne und Preise für drei Monate, Erhebung einer Importsteuer von 10 Prozent auf die meisten eingeführten Güter, Aufhebung des Umtauschrechts von Dollarguthaben in Gold, Aufhebung der Steuer von 7 Prozent beim Kauf neuer Autos, Steuerbegünstigungen bei Neuinvestitionen, Einsparungen im Bundeshaushalt, Kürzung der Entwicklungshilfe.

Insbesondere die Einfuhrsteuer traf den westeuropäischen und japanischen Export in die USA schwer. Die Gefahr eines Handelskrieges samt allen denkbaren politischen Folgen tauchte auf. Man begegnete ihr kurz vor Weihnachten durch eine Konferenz der wichtigsten betroffenen Länder in Washington. Es kam zur spektakulären Dollarabwertung.

Abwertung

Unter sofortigem Verzicht auf die Importsteuer werteten die USA den Dollar um 7,89 Prozent ab, während die Partner ihre eigenen Währungen entweder aufwerteten oder wenigstens nicht abzuwerten versprachen, was den Teufelskreis von Massnahmen und Gegenmassnahmen weitergetrieben hätte.

Washington erhofft sich dadurch, dass das Ausland in den USA nunmehr billiger einkauft, während gleichzeitig die Einfuhr nach den USA teurer wird, eine Besserung der Handels- und Zahlungsbilanz. Allerdings hätten die USA we-

Das Amerikabild in Europa

Wenn dieser Beitrag sehr ausgesprochen von Proportionen handelt, so ist das etwas, was die Bewusstseinsbildung auf unserem europäischen Kontinent ganz besonders angeht. Das europäische Amerikabild der letzten Jahre ist in seiner negativen Ausformung nicht weniger ein Ergebnis letztlich gelenkter Disinformation, als es das europäische Sowjetbild in seiner positiven Ausformung ist. Wenn wir erfahren, dass die USA nicht nur die höchste Arbeitslosenziffer ihrer Geschichte aufweisen — worauf heute alle Betonung liegt —, sondern auch die höchste Zahl an Beschäftigten — was man ebenso gerne unterschlägt —, so kommen wir der Wahrheit in diesem Problem doch entscheidend näher. Und so weiter.

Tabelle I: Das Paradox der Dollarkrise in einem Erholungsjahr

	Tiefster Stand Rezession 1970	Stand November 1971	Zunahme in Prozent
Sozialprodukt	988,4 Mrd. \$	1061 Mrd. \$	7,3
Sozialprodukt in Dollarwert 1958 (Realvergleich)	715,9 Mrd. \$	745,5 Mrd. \$	4,1
Pro-Kopf-Jahreseinkommen (nach Steuerabzug)	3410 \$	3614 \$	6,0
Jahresgewinne der Firmen (nach Steuerabzug)	39,2 Mrd. \$	45,8 Mrd. \$	16,8
Angefangene Bauten	1 693 000	2 050 000	21,1
Beschäftigte	78,6 Mio.	79,8 Mio.	1,5
Arbeitslose	4,92 Mio.	4,94 Mio.	0,3
Industrieproduktion (1967=100)	102,6	106,3	3,6
Einzelhandelsumsatz pro Monat	31,3 Mrd. \$	35,3 Mrd. \$	12,8
Aktienkurse (laut Dow Jones Index)	754	811	7,6

nig davon, wenn ihre billiger gewordenen Güter bei der Ankunft im jeweiligen Bestimmungsland durch Schutzzölle wieder verteuert würden. Was hier allseits tragbar ist oder nicht, wird jetzt in schwierigen Verhandlungen mit den Partnern über den Abbau von Einfuhrgebühren und Importquoten ausgehandelt.

Vor allem aber erhofft man sich in den Vereinigten Staaten nunmehr eine Rückkehr des Fluchtkapitals. Ob sie dann auch stattfindet, kann zurzeit noch nicht beurteilt werden.

Und das alles in einer Erholungsperiode

Die Abwertung des Dollars, gegen die sich die massgebenden amerikanischen Stellen noch kurz vor der Konferenz von Washington mit aller Kraft gestraubt hatten, wirkte zunächst wie ein Fanal. Weiterum hat man sie als Zeichen dafür verstanden, dass sich die USA in einer Wirtschaftskatastrophe gewaltigen Ausmasses befinden. Indessen ist gerade das nicht richtig.

Die Verschlimmerung der Lage Mitte 1971 war im wesentlichen auf die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zum Ausland zurück-

zuführen. Aber sie fiel nicht etwa in eine Periode allgemeiner wirtschaftlicher Verschlechterung, sondern vielmehr in eine Periode von Erholung nach einer gelinden Rezession.

Diese hatte Anfang 1969 begonnen, doch ab Herbst 1970 trat wieder eine Besserung ein, wenn auch langsamer als erwartet und angekündigt worden war. Ueber das Ausmass der Erholung können einige Zahlen Auskunft geben, aus der Wochenzeitschrift «US News and World Report» (Dayton, 29. 11. 71). Dabei ist der jeweils tiefste Stand von 1970 dem Stand vom November 1971 gegenübergestellt (s. Tabelle I).

Ob bei den Angaben über Personaleinkommen, Firmengewinnen und Einzelhandelsumsätzen die Inflationsrate von zirka 5 Prozent berücksichtigt ist, lässt sich der Aufstellung nicht entnehmen, so dass die Aussagemöglichkeiten dieser drei Rubriken relativiert sind. Die Arbeitslosenzahl hat absolut zugenommen, aber in einem geringeren Prozentsatz als die Beschäftigungszahlen.

Die Fixierung der Löhne und Preise nach dem 15. August 1971 wirkte sich sofort auf die Lebenskosten aus. Sie nahmen im September um 0,2 und im Oktober um 0,4 Prozent zu, nachdem die Steigerungsrate in den fünf Monaten zuvor bei durchschnittlich 0,4 Prozent gelegen hatte. Die Frage, warum nach dem Stichtag der Kostenanstieg nicht überhaupt aufhörte, beantwortet sich unter dem Vorbehalt weiterer Motive zu einem Teil dadurch, dass die landwirtschaftlichen Grundprodukte von der Einfrierung ausgenommen waren, zu einem weiteren Teil dadurch, dass die 10prozentige Importsteuer dem Verbraucher angelastet wurde.

Die Grosshandelspreise hatten schon einige Monate vor der Fixierung nur geringfügig zugenommen, blieben darnach konstant und waren im November 1971 sogar um 0,1 Prozent rückläufig.

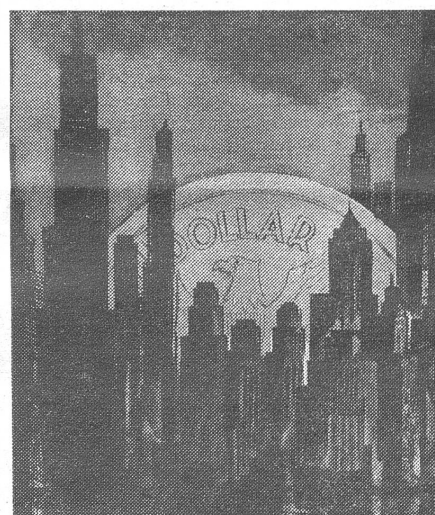
Im September wirkte sich die Botschaft auch auf die Handelsbilanz aus, da die sofort in Kraft getretene Importsteuer von 10 Prozent, die keiner Genehmigung durch den Kongress bedurfte, die Einfuhr bremste. Die Handelsbilanz wurde demzufolge mit 265 Millionen Dollar wieder aktiv.

Trotz der anhaltenden Passivität der Zahlungsbilanz, die bestenfalls noch Jahre zur Ueberwindung braucht, bewegt man sich grosso modo doch nach oben, und das im Unterschied zu Japan und den wichtigsten westeuropäischen Ländern. Die «Organization for Economic Cooperation and Development» und die «Economic Commission for Europe» haben vor kurzem eine Uebersicht veröffentlicht, in der die «reale» Zunahme des Sozialprodukts, also unter Berücksichtigung der jeweiligen Inflationsquoten, augenfällig gemacht wird. Eine negative Zahl



Die Dollarkrise als Folge des Vietnamkrieges. («Krokodil», Moskau, Nr. 20, Juli 1971)

Der Vietnamkrieg hat tatsächlich zur Dollarkrise beigetragen. Was ja die liebgeordnete These nicht stören soll, dass er aus kapitalistischer Profitgier geführt worden sei.



Die Dollarsonne geht unter. («Krokodil», September 1971, Nr. 27)

(ausgedrückt durch ein Minuszeichen) weisen nur die USA im Jahre 1970 auf. Die Zahlen für 1971 beziehen sich auf die ersten drei Quartale (s. Tabelle II).

Tabelle II:
Zunahme Sozialprodukt pro Jahr (in Prozent)

	1969	1970	1971
USA	2,5	-0,5	3
Japan	12	11	5
Frankreich	7,5	6	5
BRD	8	5	3
Italien	6	5	0
England	2,5	2	1

Die Wirtschaftsentwicklung überhaupt

Wohl um die Bevölkerung zu überzeugen, dass es ihr noch nie so gut gegangen sei («we never had it so good») ist seit Jahren ein Schlagwort,



Trost für den Kleinen (den Lohn): «Macht nichts, dass du mir so klein geblieben bist; dafür sind die andern alle ganz schön gross geworden!» Die andern, das sind Gewinne, Rüstung, Verbrechen, Preise und Arbeitslosigkeit. («Krokodil», November 1971, Nr. 31)

Abgesehen davon, dass diese übrigens keineswegs nur in der UdSSR verbreitete Ansicht über die materiellen Bedingungen für die Bevölkerung just nicht stimmt: Wenn man etwa an die sowjetischen Arbeiterlöhne (Kaufkraft 200 bis 300 Franken) im Verhältnis etwa zur sowjetischen Rüstung denkt ...

das allerdings heute in der öffentlichen Meinung vornehmlich ironisch gebraucht wird), haben verschiedene Bundesdepartemente zusammen mit dem «Council of Economic Advisers» das Ergebnis von Erhebungen veröffentlicht, die tatsächlich einen gewaltigen Aufstieg innerhalb der letzten 25 Jahre belegen können.

Ein Auszug aus einigen repräsentativen Sparten kann das anschaulich machen:

1. Das Sozialprodukt

Es ist von 445,2 Milliarden Dollar (im Dollarwert von 1971; es handelt sich also um einen Realzuwachs) im Jahre 1946 auf 1059 Milliarden gestiegen. Der Anteil pro Kopf ist in dieser Zeitspanne von 3149 auf 5109 Dollar gestiegen.

2. Bevölkerung, Gesundheitszustand, soziale Sicherheit

Zwischen 1946 und 1971 stieg die Einwohnerzahl von 141 auf 207 Millionen, was einer Zunahme von 46 Prozent entspricht.

Die Sterberate sank in dieser Zeit von 9,9 auf 9,4 Promille. Die Totgeburten und Todesfälle im ersten Lebensjahr gingen von 34 auf 19 Promille zurück.

1971 waren 183 Millionen Einwohner in irgendeiner Form gegen Krankheit versichert gegenüber 42,1 Millionen im Jahre 1946. Allerdings ist der Schutz sehr lückenhaft; er deckt meist nur einen mehr oder minder grossen Teil der Kosten. Eine gesetzlich garantierte kostenlose Krankenversicherung besteht für Personen ab 65 Jahren, aber nur für die Pflegekosten im

Spital oder daheim, während zur Vergütung der Arztkosten eine persönliche Versicherungsrate von 5,7 Dollar pro Monat zu leisten ist.

Von der Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung sind 89 Prozent der arbeitenden Bevölkerung (einschliesslich Selbständigerwerbende) erfasst. Aber auch hier sind die Leistungen so begrenzt, dass sie meistens die als «Grenzen der Armut» festgesetzten Beträge (z. B. jährlich 3968 Dollar für eine Familie mit zwei Kindern) nicht erreichen.

Lebensversicherungen haben 83 Prozent aller Familien für mindestens ein Mitglied der Familie abgeschlossen. Der durchschnittliche Betrag ist 20 900 Dollar gegenüber 3600 Dollar 1946.

3. Einkommen

Im Dollarwert von 1971 gerechnet, also unter Berücksichtigung der Inflation, hat sich das durchschnittliche Jahreseinkommen (vor Steuerabzug) 1946 auf 5806 Dollar belaufen. 1971 betrug es 10 300 Dollar, also fast das Doppelte. Wenn man vergleichen will, muss man allerdings wegen der geringeren Kaufkraft des Dollars innerhalb der USA bei einer Umrechnung in westeuropäische Währungen etwa einen Drittel vom Wechselkurs abziehen. In unserm Geld ausgedrückt, heisst das, dass die zirka 39 500 Franken Jahreseinkommen zum Wechselkurs (der jetzt zwischen Fr. 3.80 und 3.90 liegt) einer Kaufkraft von ungefähr 26 500 Franken entsprechen.

Der Prozentsatz, den die Gehalts- und Lohnempfänger am gesamten Personaleinkommen

einnehmen, hat sich von 64,8 auf 75,8 Prozent erhöht.

4. Beschäftigung

Die Zunahme der Erwerbstätigen von 55,2 Millionen für 1946 auf 79,5 Millionen für 1971 entspricht mit 44 Prozent nicht ganz der Bevölkerungszunahme von 46 Prozent in der gleichen Periode.

(Red.: Ob diese Rückläufigkeit vorwiegend positiv oder vorwiegend negativ zu bewerten ist, müsste von einer detaillierten Wertung ihrer Gründe abhängen. So ist zum Beispiel ein Ansteigen der Rentnerzahlen aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung und des herabgesetzten Pensionierungsalters als Leistung der Gesellschaft einzustufen, ein Ansteigen der Arbeitslosenzahl dagegen als Fehlleistung. Ein interpretationsträchtiger Faktor wäre ferner die Absorbierung von Arbeitskräften durch das Militär usw.)

5. Wohnungen und Einrichtungen

Ziemlich genau verdoppelt sich die Zahl der Einwohner mit Eigenheim. Sie belief sich 1946 auf 20 Millionen und 1971 auf 39,9 Millionen. Deutlich war der Zuwachs bei Einrichtungsgegenständen. So stieg die Zahl der Haushaltungen mit Kühlschrank von 21,4 Millionen für 1946 auf 63,9 Millionen für 1971, und bei den Waschmaschinen lauten die Vergleichszahlen 18,8 und 59,0 Millionen. Bei diesen Konsumgütern ist praktisch der Saturationspunkt erreicht. Bei andern Einrichtungsgegenständen fehlen die Vergleichsmöglichkeiten, weil es sie

Ziele und Methoden der Neuen Linken

Bemerkungen und Dokumente.

SOI-Sonderdruck 1

1972, 32 Seiten, geheftet, Fr. 5.-.

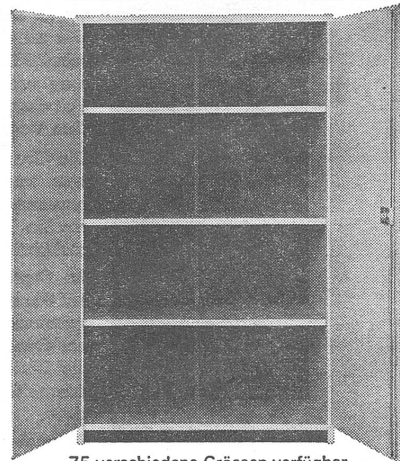
Bisher fehlte uns ein Kanal, um Manuskripte zu veröffentlichen, die zu lang für das ZeitBild und zu kurz für selbständige TM-Bände sind. Mit der neuen Reihe der **SOI-Sonderdrucke** haben wir diesen Kanal geschaffen, um als Manuskript gedruckte Arbeiten herauszubringen.

SOI-Sonderdrucke erhalten Sie exklusiv beim

**Schweiz. Ost-Institut, CH - 3000 Bern 6
Jubiläumsstrasse 41, Tel. 031 431212**

Dieser MONTA-Normschrank[®] kostet nur Fr. 199.- (ab Werk)

Grösse 190x86x37 cm mit 4 Tablarern



75 verschiedene Grössen verfügbar.
Ausführung: kastenverleimte Holzkonstruktion, beidseitig mit hellbraunen Hartfaserplatten. Alle Kanter mit weissen Kunststoffstreifen abgedeckt. Hartgrundierung aussen 10% Zuschlag. Lieferung direkt vom Hersteller. Bitte verlangen Sie unverbindlich Unterlagen.



Walter + Bruynzeel AG
8362 Balterswil TG, 073/431313

71B

Der Dollar im Osten: Verbal geschmäht und faktisch angebetet

Dollar- und -abwertung sind auch in den Massenmedien der kommunistischen Länder ausgiebig kommentiert worden. Dabei wurde die «zunehmende Krise der kapitalistischen Wirtschaft» oder der «Zusammenbruch des westlichen Devisensystems» ausdrücklich der «Stabilität» der Währungen im Moskauer Lager entgegengestellt. Dass man für diese Zahlungsmittel in den übrigen Ländern nur 15 bis 20 Prozent ihres amtlich festgelegten Wertes erhalten kann (so dass der Dollar selbst in seiner schlimmsten Zeit eine vergleichsweise sehr viel echtere Wertbeständigkeit aufwies), blieb bei solchen Gelegenheiten unerwähnt. Und der Dollar ist in diesen Ländern auch weiterhin ein willkommenes Zahlungsmittel. In den Luxusgeschäften der Hauptstädte zum Beispiel verkauft man unverändert für den geschmähten Dollar jene vielbegehrten Konsumgüter, die in den normalen Läden gegen Bezahlung in Landeswährung gar nicht erhältlich sind. Auch der Aussenhandel mit dem Westen und mit den Entwicklungsländern wird weiterhin in Dollar verrechnet.

vor 25 Jahren kaum gab. Immerhin haben 20 Millionen Haushaltungen heute Eismaschinen, und 26 Millionen verfügen über eine Klimaanlage.

6. Autos

Die Zahl der Familien mit Auto hat sich von 23 Millionen für 1948 (nicht 1946) auf 53 Millionen für 1971 erhöht. Das sind rund 80 Prozent aller Familien. 1969 hatten 27 Prozent aller Familien schon mehr als ein Auto. In jenem Jahre waren 104,7 Millionen Personenautos und Nutzfahrzeuge registriert.

Diese gewaltige Zunahme hat ebenso gewaltige Schattenseiten. Die Grenze von 50 000 Toten pro Jahr durch Verkehrsunfälle ist vor einigen Jahren schon überschritten worden. Ferner ist die Ueberfülle an Autos schon längst zur Hauptquelle der Luftverpestung in den Städten geworden. Die Eisenbahnen sind durch die allgemeine Motorisierung in eine so schwierige Lage gekommen, dass Amtrak, eine vom Bund finanzierte neue Organisation, den Personenverkehr der Eisenbahnen übernehmen musste. Zwar arbeitet man eifrig daran, die Sicherheitsvorrichtungen zu vermehren und die Abgase zu vermindern, aber das Hauptproblem ist das Ausmass der Motorisierung selbst.

7. Finanzielle Rücklagen

Der erhöhte Lebensstandard hat die Amerikaner nicht daran gehindert, Ersparnisse zu machen. Finanzielle Rücklagen aller Art (bei Banken, Versicherungen, Sparkassen usw.) ergaben 1971 die gewaltige Summe von 448,3 Milliarden Dollar gegenüber 56,3 Milliarden im Jahre 1946 (bei der Vergleichszahl ist nicht angegeben, ob sie im Dollarwert von 1971 errechnet ist oder nicht).

8. Erziehung und Unterricht

Bei einer Bevölkerungszunahme von 46 Prozent in den letzten 25 Jahren hat die Zahl der Schüler aller Stufen um 109 Prozent zugenommen.

Das College (ein nur im amerikanischen Erziehungssystem vorkommender Schultyp eines meist vierjährigen Studiums noch vor dem Universitätsstudium) war 1946 von 2,08 Millionen besucht worden. 1971 waren es 8,39 Millionen. Der Aufschwung beträgt 304 Prozent. Den Master's degree, den die Universitäten nach drei bis vier Jahren Studium verleihen, erwarteten 1971 200 000 Studenten, gut zehnmal mehr als 1946. Den Ph D degree (Doctor of Philosophy) machten 1971 rund 32 000 Absolventen; 1946 waren es weniger als 2000 gewesen.

Es wäre also tatsächlich ein Fehlschluss, aus allen amerikanischen Notmassnahmen samt Dollarabwertung auf eine katastrophale Lage der amerikanischen Wirtschaft überhaupt zu schliessen. Der amerikanische Wirtschaftsexperte, der von der «günstigsten Wirtschaftskrise unserer Geschichte» sprach, hatte nicht nur Vergnügen an einer paradoxen Formulierung, sondern auch Sinn für Proportionen. Und gerade das ist wichtig, weil man so gerne alle Proportionen verliert, sobald es um die USA geht. ■

Und die Alternativgesellschaft?

Zum Beispiel die Renten

«Nun gut, die kapitalistische Gesellschaft mag mehr Lohn und mehr Kühlschränke bieten, aber was ist mit der sozialen Sicherheit?» Eine bekannte Frage. Aber fragen wir einmal, wie es mit der sozialen Sicherheit in der nichtkapitalistischen Gesellschaft steht. Zum Beispiel mit dem Rentensystem in der UdSSR.

Am 1. Juli 1971 sind in der UdSSR die Minimalrenten für Arbeiter und Angestellte von 30 auf 45 Rubel und für Kolchosbauern von 12 auf 20 Rubel erhöht worden. 1 Rubel hat eine Kaufkraft von zwei bis drei Schweizer Franken. Das Pensionierungsalter beträgt 60 Jahre für Männer und 55 Jahre für Frauen.

Das allgemeine Recht auf Rentenbezug gehört überraschenderweise erst zur jüngeren Geschichte der Sowjetunion. 1956 war der gesetzliche Anspruch auf eine Staatspension für alle Arbeiter und Angestellte erlassen worden, und 1964 wurde die obligatorische Altersversicherung auch auf die Kolchosmitglieder ausgedehnt (die praktische Einführung nahm noch einige Jahre in Anspruch). Jedenfalls hat sich in den letzten 15 Jahren die Zahl der Rentenbezüger um nahezu 150 Prozent erhöht und belief sich 1971 auf gut 41 Millionen. Jeder sechste Sowjetbürger bezieht somit eine Staatsrente in Form von Alters-, Invaliden- oder Hinterbliebenenrenten.

Die Gewährleistung der sozialen Sicherheit hat also in den letzten Jahren eine Ausdehnung erhalten, wie sie ungefähr den heutigen Anforderungen in den entwickelten kapitalistischen Staaten entspricht, obwohl man sich normalerweise vorstellt, dass hier der älteste und repräsentativste sozialistische Staat der Welt einen klaren Vorsprung aufweisen sollte. Was aber auffällt, ist die ausserordentliche Geringfügigkeit der Renten selbst nach der substantiellen Erhöhung vom letzten Juli. Da die staatliche Pension im Normalfall die einzige Säule der Altersvorsorge darstellt (ein Arbeitermonatslohn von 120 Rubel oder zirka 350 Franken Kaufkraft erlaubt keine Ersparnisse), entspricht die Rente in der Mehrzahl der Fälle nicht einmal dem Existenzminimum.

Laut «Sozialnoje Obespeschtschenije» (Nr. 6, 1970), dem Organ des RSFSR-Sozialministeriums entfiel auf Durchschnittsrentner ein Betrag von monatlich 32,7 Rubel. Die gleiche Zeitung nannte später (Nr. 5, 1971) die englische Altersrente von 7 Pfund pro Woche ein «Almosen». Aber sogar zum schmeichelhaften offiziellen Wechselkurs sind 30 Pfund im Monat immer noch 64,7 Rubel, rund das Doppelte also der sowjetischen Durchschnittsrente. Die Kaufkraft

aber würde 130 Rubel für Güter des normalen Lebensbedarfs und sogar 200 bis 220 Rubeln für Güter des gehobenen Bedarfs entsprechen. Das sowjetische «Almosen» ist also noch sehr erheblich kleiner.

Für viele sowjetische Rentner liegen die Bezüge noch erheblich unter dem Durchschnitt. Das betrifft alle Kolchosbauern (neues Minimum 20 Rubel) und dann vor allem die erwerbsunfähigen Personen, die ihren Ernährer verloren haben, denn die Hinterbliebenenrenten belaufen sich auf bloss 16 Rubel pro Monat. Zwei Personen, die ihren gemeinsamen Ernährer verloren haben, erhalten zusammen 23 Rubel (11,5 pro Person), drei Personen 30 Rubel (10 Rubel pro Person), und der Anteil wird bei einer noch grösseren Anzahl von Hinterbliebenen noch niedriger, wobei die Summe nicht mehr präzisiert ist («Iswestija», 6. Juni 1971). Eine Witwe mit mehreren Kindern zum Beispiel kann davon unmöglich leben. ■

Briefe

Zur Titelseite letzte Nummer

Das Titelbild der Nr 2 ist grossartig. Können Sie mir einen guten Fotoabzug beschaffen? Besten Dank im voraus dafür — und für Ihre interessante Information ganz allgemein. L. B.

Der ernsthafte Leser, der die sachlich-nüchterne Information und Auseinandersetzung schätzt und sucht, findet diese erfahrungsgemäss eher hinter schlicht gehaltenen «Schalen». So lässt man sich durch diese sensationellen Kopfseiten kaum bluffen und sieht hinter solchen Anstrengungen eher die Fragwürdigkeit. Denn leider erscheinen ernste Probleme selten mit einer Rose im Knopfloch, und solange das ZeitBild nicht zum «Blick aus dem Osten» werden will, wirkt es nur im schlichten Kleid glaubwürdig. L. G.

Red. ZB: Als «Rose im Knopfloch» hätte ich eigentlich die letzte Titelfoto just nicht bezeichnet. Aber dem SOI hat die Kopfseite der letzten Nummer nachträglich noch andere Sorgen gemacht. Es geht um den Text neben dem bewussten Bild. Wegen eines Versandfehlers erhielten nämlich unsere Abonnenten eine Werbenummer für Aerzte mit entsprechend gestalteter Titelseite zugestellt. Wir bitten, das zu entschuldigen. Und ich darf ausrichten, dass reguläre Nummern gratis nachbestellt werden können. Vielleicht bringen wir dafür auch einmal einen schönen Traktoristen bei Sonnenaufgang oder so. cb